

## Die wirtschaftliche Katastrophe des russischen Judentums

Von Dr. Rudolf Samuel

Die schwere wirtschaftliche Lage des russischen Judentums lenkt heute in besonderem Maße die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich. In dem folgenden Artikel soll der Versuch unternommen werden, einen Teil der Faktoren aufzuzeigen, die zu dieser wirtschaftlichen Katastrophe geführt haben. Und zwar wollen wir versuchen, die Einflüsse der Mächte darzustellen, die auf die ökonomische Situation des Judentums in Rußland eingewirkt haben, und die mit der bolschewistischen Revolution in Rußland zusammenhängen. Unser Stoff gliedert sich daher deutlich in zwei Teile. Wir haben die Wirtschaftsentwicklung Rußlands und im Zusammenhang damit des russischen Judentums einmal in der ersten Periode bolschewistischer Wirtschaftspolitik zu betrachten, und in dem zweiten Teil die Veränderungen, die bewirkt wurden durch die von Lenin als „Neue Oekonomische Politik“ (NEP.) deklarierte Umstellung des wirtschaftspolitischen Kurses in Sowjetrußland.

### I.

Die Berufsschichtung des russischen Judentums war seither eine derartige, daß die Juden hauptsächlich in zwei Berufen tätig waren und zwar zirka 38 Prozent im Handel und 34 Prozent im Handwerk, d. h. daß das Gros des russischen Judentums, sozialökonomisch betrachtet, Kleinbürgertum war, also gerade jene Gruppe der modernen Gesellschaft bildete, die infolge ihrer widerstreitenden Interessen und ihrer zersplitterten Betriebsformen ungemein schwer organisatorisch zusammenzufassen war. Gerade das Kleinbürgertum ist auf der ganzen Welt die Gruppe, die am wenigsten geeignet scheint, sich in disziplinierten Kampfverbänden zusammenzuschließen, um anderen sozialen Gruppen oder von außen wirkenden gesellschaftlichen Mächten Widerstand zu leisten. Als die bolschewistische Partei in Rußland in der Oktoberrevolution die Macht ergriff, war daher die Majorität des russischen Judentums gleichfalls nicht in der Lage, sich irgendwelcher Angriffe oder Eingriffe mit Macht zu erwehren.

Die Angriffe auf seine wirtschaftliche Position ließen aber nicht lange auf sich warten. Die innere Wirtschaftspolitik der Sowjetmacht ist in der ersten Periode, d. h. in den Jahren 1907—1921, durch die Absicht gekennzeichnet, im Zusammenhang mit der vollkommenen Ueberführung des Gemeinwesens in eine kommunistische Wirtschaftsordnung die wirtschaftlichen Machtpositionen des Bürgertums zu zerstören. Der hauptsächlichste Kampfplatz war für die Sowjetmacht die Stadt. Denn, einmal besaß die neue Staatsgewalt Autorität und Macht in der ersten Zeit nur in den Städten. Andererseits war die Bauernschaft für die Bolschewiki, die nicht zum wenigsten durch ihre Antikriegspropaganda zur Macht gelangten, ein Faktor, an den sie sich anlehnen mußten. Sie vermieden es, daher, zu ihr in einem irgendwie gearteten Gegensatz zu kommen. In der Stadt aber bestanden wirkliche Parteikadres von Kommunisten, es wurde also der „Kampf gegen die Bourgeoisie“ vor allem in der Stadt ausgefochten, wiederum ein für das Judentum ungünstiges Moment. Denn die Juden waren ja noch infolge der zaristischen Gesetzgebung in besonderem Maße in bestimmten Städten zusammengedrängt, sodaß also für die Juden als Gesamtheit dieser in der Stadt geführte Wirtschaftskampf einen stärkeren Eingriff bedeutete, als für die anderen Bevölkerungsteile des russischen Reiches.

Der Begriff der Bourgeoisie, die bekämpft werden sollte, war nun keineswegs feststehend. Ohne daß wir an dieser Stelle auf alle die Probleme auch nur verweisen wollen, die mit dem Versuch zusammenhängen, den Begriff einer sozialen Klasse zu definieren, ist es doch von vornherein verständlich, daß eine Abgrenzung der als Bourgeoisie anzusprechenden Bevölkerungsschicht mehr in negativer als in positiver Hinsicht erfolgt. Man konnte nicht genau ausdrücken, was die Bourgeoisie sei, man glaubte, leichter feststellen zu können, was sie nicht sei. Und so umgrenzte man die von der neuen Staatsgewalt bekämpfte Klasse als die Gruppe derjenigen Menschen, die weder in den Fabriken noch in den Regierungsanstalten und -behörden als Hand- und Kopfarbeiter tätig waren. So wurden auch alle diejenigen zum Objekt des Kampfes, die als kleine Handwerker und Kleinhändler ihr Dasein fristeten. Es kann natürlich nicht in der Tendenz dieses Artikels liegen, die sozialen Absichten und Bestrebungen der bolschewistischen Regierung zu werten. Wir müssen uns damit begnügen, die Tatsache, daß eine neue Staatsgewalt mit einer ganz bestimmten wirtschaftspolitischen Tendenz die Macht ergriffen hatte, eben als eine Tatsache hinzunehmen — gleichgültig, ob wir diese Tendenz oder die Mittel, mit denen der Versuch

unternommen wurde, sie durchzusetzen, bejahen oder verneinen. Jedoch auch für den Sozialisten, zumal wenn er nicht dogmatisch und engstirnig auf bestimmten Glaubenssätzen beharrt, müßte es ohne weiteres klar sein, daß die oben gekennzeichnete Abgrenzung nicht sehr glücklich gewählt ist. Nehmen wir zum Beispiel einen Schneidermeister, der zwar im Besitz seiner Produktionsmittel ist, aber doch nur pro forma als Unternehmer angesprochen werden kann, und vergleichen ihn mit einem höheren Angestellten in einer Fabrik, der einen viel höheren Lebensstandard besitzt, so wird der Widerspruch deutlich. Für die Juden jedenfalls hatte die Konzentrierung dieses Kampfes auf diese Schichten der Städter zur Folge, daß sie an vielen Orten diejenige waren, die am meisten in Mitleidenschaft gezogen wurden.

Man muß sich nun vor Augen halten, daß der Kampf der Sowjetmacht in der ersten Zeit wirklich ein Kampf um deren Existenz, d. h. vielfach ein wirklicher Bürgerkrieg war. In den ersten Jahren etwa 1917—1919, waren viele Gebiete Rußlands, besonders die Randstaaten und die Ukraine, mehrfach im Besitz der Gegner der Sowjetmacht. Diese wechselten ihre Machthaber, heute war es irgendein konterrevolutionärer General, morgen wieder rote Truppen, die die Macht ausübten. Beide Teile, sowohl die Konterrevolutionären wie die Sowjettruppen, pflegten bei jedem Wechsel den Städten Kontributionen aufzuerlegen, wobei die der Sowjetmacht wiederum nur von den bürgerlichen Schichten getragen werden mußten. Diese Kriegssteuern lasteten z. B. auf der Ukraine außerordentlich schwer und besonders schwer auf der zahlreichen jüdischen Bevölkerung. In vielen ukrainischen Städten bildeten die Juden die Mehrzahl der Bevölkerung und zu einem besonders hohen Prozentsatz waren sie gerade die Schicht, die von den Kontributionen der Sowjetmacht getroffen wurden, und der Verelendungsprozeß des russischen Judentums begann schon damals, einen rapiden Verlauf zu nehmen. Dazu kam noch manche harte Befastung, die im Zusammenhang mit der eigentlichen Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung einsetzte. Es waren das Ausweisungen aus Wohnungen, Requisitionen und Konfiskationen von Vermögen, Zwangsablieferung von überflüssigen Gebrauchsgegenständen und manches andere mehr. Wiederum war es die Ukraine, der Wohnsitz eines sehr beträchtlichen Teiles des russischen Judentums, in dem diese Maßnahmen mit besonderer Strenge und Systematik durchgeführt wurden. Und wiederum war es die jüdische Kleinbourgeoisie, die mehr als andere Volksteile und Volksschichten darunter zu leiden hatte. Sie waren nicht in der Lage, organisatorischen Widerstand zu leisten, sie konnten sich schwerer als Arbeiter oder Angestellte eine andere Existenzform suchen und konnten auch nicht, wie das ukrainische Bürgertum, aus den Städten auf die Dörfer flüchten.

Dann begann die Staatsgewalt zu versuchen, den Konsum kommunistisch zu organisieren, die Verteilung der Gebrauchsgegenstände in den Händen amtlicher Stellen zu konzentrieren und den privaten Detailhandel zu zerstören. In der Tat erreichte die Räteregierung zunächst eine weitgehende Vernichtung des privaten Handels, die soweit ging, daß die Magazine und Läden geschlossen, die Vorräte an die Verteilungsstelle der Kommunen überführt und an vielen Orten sogar die Marktgebäude verbrannt wurden.

Da aber rund ein Drittel der jüdischen Bevölkerung im Kleinhandel konzentriert war, kann man sich vorstellen, ein wie ungeheuer großes Elend im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen für die jüdische Bevölkerung einsetzte. Der Proletarisierungsprozeß machte gewaltige Fortschritte und da gerade diese Menschen ein Handwerk nicht verstanden, so wurden sie zu einem großen Prozentsatz zum Lumpenproletariat degradiert und es blieb ihnen vielfach nichts anderes übrig, als sich in die staatlichen Arbeitsbataillone zu flüchten, die in Wäldern, Salzbergwerken usw. verwandt wurden.

Das jüdische Handwerk wurde nicht weniger schwer getroffen. Es lag natürlicherweise in dem Bestreben der bolschewistischen Staatsgewalt, die private Konkurrenz neben den verstaatlichten Betrieben auszuschalten. So wurden viele Branchen zum Staatsmonopol deklariert, zu ihnen gehörte z. B. die Herstellung von Seife, chemischen Produkten, Streichhölzern, Lederwaren und vieles andere. Die nicht monopolisierten Branchen andererseits litten ungeheuer unter der ständig sinkenden Kaufkraft der städtischen Bevölkerung, während die Landbevölkerung als Käufer kaum noch in Betracht kam. Das Schneiderhandwerk, ein spezifisch jüdischer Zweig, wurde z. B. in jener Zeit weitgehend, ja fast völlig ruiniert. Manche versuchten, durch illegale Produktion monopolisierter

Produkte ihr Leben zu fristen, aber schwere Strafen verlegten auch diesen Ausweg.

Auch der Gruppe der freien Berufe erging es nicht viel besser. Wir müssen uns vor Augen halten, daß zunächst einmal die ganze Gruppe der freien Berufe, die sich mit spezifisch jüdischen Dingen beschäftigte, ihre Tätigkeit nicht fortsetzen konnte. Wir wissen ja, wie die jüdischen Kommunisten, denen die Sowjetmacht die Aufsicht und die Entscheidung über jüdische Fragen zugewiesen hatte, gegen das Judentum wüteten. So wurden Synagogen und Chodarim geschlossen und Lehrer, Melamidim usw. auf das Gebiet der illegalen Tätigkeit verwiesen. Dazu kommt, daß auch die freien Berufe von der Sowjetmacht in anderer Weise als bisher organisiert wurden. Die Advokatenaktivität wurde im ganzen verboten, die Privatpraxis der Aerzte nach Möglichkeit unterbunden und durch staatliche Institutionen abgelöst. Und schließlich mußte der Verelendungsprozeß der jüdischen Bevölkerung auch die auf die freien Berufe Angehenden im ganzen mit sich ziehen.

In dieser ersten Periode also begann ein ungeheuerlicher Prozeß der Zerstörung, Pauperisierung und Vernichtung des russischen Judentums. Handel, Handwerk und freie Berufe wurden in gleichem Maße von ihm erfaßt. Wir können nicht die Sowjetmacht deswegen anklagen, sondern es war das tragische Schicksal des russischen Judentums, daß es gerade in den Berufen konzentriert war, die unter dem Versuch der Umorganisation des ganzen Wirtschaftslebens so stark zu leiden hatten. Während die entsprechenden Schichten der Ukrainer, Weißrussen usw. einen Rückhalt hatten an den ukrainischen, weißrussischen usw. Arbeitern und Bauern, war dies bei dem Judentum nicht der Fall. Der Jude konnte z. B. nicht zu einem jüdischen Verwandten aufs Land flüchten, wo er immerhin vor dem Aergsten bewahrt war, denn der Prozentsatz der jüdischen Bauern im Verhältnis zur jüdischen Stadtbevölkerung war ja minimal. Aber Tatsache ist, daß bereits in diesen ersten vier Jahren der Vernichtungsprozeß des russischen Judentums, infolge der Bürgerkriege und der Wirtschaftsumstellung, ungeheuerliche Dimensionen annahm. (Schluß folgt.)

### Eine Judendebatte im Danziger Volkstag

Danzig. (ITA) In der gestrigen Sitzung des Volkstages begründete Frau Kahläne einen Antrag über Bekämpfung der Schundliteratur und führte aus, das „fremde Blut vergifte den deutschen Volkskörper“. Ihr erwiderte der sozialistische Senator Laps sehr scharf, indem er darauf hinwies, daß die Deutschnationalen sich des niedrigsten Schundes zu ihrer Hetzkampagne gegen die Juden bedienen. Es sei nur an die „Protokolle der Weisen von Zion“ erinnert, die dem ekelhaftesten Schundroman in nichts nachstehen. Auch der Vertreter der Volkspartei, Regierungsrat Dr. Blauer, wandte sich gegen die deutschnationale Judenhetze und sagte, die Deutschnationalen müssen zunächst die Schundliteratur aus ihren eigenen Parteikreisen bannen, dann erst hätten sie ein Recht, gegen Schund aufzutreten.

### Muß ein Jude ein Gerichtsdokument am Versöhnungstag unterschreiben?

Wien. Das Bezirksgericht Gloggnitz im Semmeringgebiet verurteilte den jüdischen Ingenieur Emmerich Herzog in seiner Abwesenheit zu einem Monat strengen Arrest in einer Ehrenbeleidigungssache, obwohl der Ingenieur die Gerichtsladung nicht in Empfang genommen hat, weil sie ihm am Versöhnungstage bestellt wurde und er sich geweigert hat, den Rückschein an diesem hohen Feiertage zu unterschreiben. Der Verurteilte konnte bisher die Aufhebung des Kontumaz-Urteiles nicht erwirken. Sowohl das Bezirksgericht als auch das Kreisgericht Wiener-Neustadt haben den Rekurs verworfen.

### Auslandsreise Dr. Fildermanns

Bukarest. Der Präsident der Union rumänischer Juden, Dr. W. Fildermann, trat eine Reise in das Ausland an mit dem Ziel, die Öffentlichkeit über die wirkliche Lage der Juden in Rumänien aufzuklären.

### Jüdische Kriegsbeschädigte in Polen sterben Hungers

Warschau. (ITA) Eine Abordnung jüdischer Kriegsbeschädigter besuchte den Abg. Dr. Schipper und klagte vor ihm, daß die jüdischen Kriegsbeschädigten, die infolge der Wirtschaftsnot erwerbslos geworden oder infolge Verstümmelung arbeitsunfähig sind, Hungers sterben müssen, wenn ihnen nicht bald geholfen wird. Sowohl die Regierung als auch die jüdischen Gemeinden hatten die jüdischen Kriegsbeschädigten ganz ihrem Schicksal überlassen. Dr. Schipper wurde gebeten, die Sache der Kriegsbeschädigten in die Hand zu nehmen.